

Um in Deutschland zusammenzuhalten, brauchen wir den „Soli“ nicht mehr

Vereint in Ungleichheit

Von Gerd Held

Für diejenigen, die mit großer Selbstgewissheit das Thema „soziale Gerechtigkeit“ für sich beanspruchen, hat der Ausgang der Bundestagswahlen etwas Irritierendes. Die Forderung nach mehr sozialem Ausgleich zog bei einer Mehrheit im Land nicht. Ist das eine „sozial kalte“ Mehrheit? Hat der besserverdienende Westen gegen den Osten votiert? Nein, ein Blick auf die neue politische Landkarte zeigt, dass der Sieg von Schwarz-Gelb unser Land nicht spaltet. Das liegt daran, dass die Krise gezeigt hat, wie verletzlich ganz unterschiedliche soziale Lagen sind. Sie hat auch viele Regionen getroffen, die in den vergangenen Jahren die Erfolgsmodelle des Exportweltmeisters waren. Der typische mittelständische Maschinenbauer in Schwaben muss um seine herausgehobene Position kämpfen. Heute sind alle verletzlich, ertragstarke und ertragsschwache Unternehmen, Niedriglöhner und Hochlöhner – jeder in seiner Liga. Instinktiv versteht man nun in Magdeburg, dass die Exporteinbrüche in Stuttgart für das eigene Leben bedeutsam sind. In den verschiedenen Teilen unserer Republik schaut man mehr hin, wenn über „die Anderen“ berichtet wird. Es wächst das Bewusstsein, dass sich der Erfolg unseres Landes aus unterschiedlichen Lagen zusammensetzt.

Meistens wird mit dem Wort „soziale Gerechtigkeit“ die Vorstellung verbunden, man käme mit mehr Gleichheit zu mehr sozialem Zusammenhalt. Dies Modell „Zusammenhalt durch Gleichheit“ hat seine Tücken. Es ist sehr teuer und in einem größeren Land wenig realistisch. Doch es gibt noch ein tieferes Problem: Die Gleichheit zwischen Menschen besagt überhaupt nicht, dass sie sich stärker einander zuwenden und ein gesteigertes Interesse aneinander entwickeln. Sie stellt die Men-

schen nur nebeneinander, sie spricht sie nur als Einzelne an. Die soziale Gleichheit ist im Grunde ein stillgestellter Egoismus. Wer heute denjenigen zuhört, die besonders heftig in Sachen Soziale Gerechtigkeit unterwegs sind, stellt eine merkwürdige Kälte fest. Es regiert die öde Durchschnittszahl. Die Funktionäre des Sozialen interessieren sich nicht wirklich für die Lebensumstände. Die Geschichten und Orte sind ihnen buchstäblich gleichgültig. Für die Menschen gilt das nicht. Ihre Würde liegt nicht einfach darin, was sie am Ende herausbekommen, sondern darin, was sie - gemessen an ihren Bedingungen - bewegt haben. Daher kann es sehr viel bedeuten, in einer armen Region eine Bau-schlosserei über die Runden zu bringen, während für die Menschen in den besseren Ausgangslagen die Rechtfertigung des eigenen Lebens deutlich mehr erfordert. Wenn die Ungleichheit der Bedingungen zählt, zählen die konkreten Menschen und Orte. So können sich ganz unterschiedliche soziale Lagen gegenseitig anerkennen. Das Interesse der Menschen füreinander wächst. Die Gesellschaft hat sich wirklich etwas zu sagen – ihre Ungleichheit führt sie zusammen.

Diese Sozialmoral der Ungleichheit haben wir bisher nicht genügend gelernt. In der Geschichte der Bundesrepublik wurde das Soziale sehr stark mit der Gleichheit assoziiert. Kaum ein anderes europäisches Land hat eine so breite Entwicklung gekannt, keine Landkarte war so gleichmäßig gefüllt. Nirgendwo war die Empfindlichkeit gegen Disparitäten größer als bei uns. Vielleicht sind deshalb die ersten 20 Jahre der Wiedervereinigung, trotz immenser Investitionen, bisweilen so missmutig und hilflos ausgefallen. Aber es geht nicht um

das Gestern, sondern um das Morgen. Viele Menschen spüren, dass das Sozialmodell „Zusammenhalt durch Gleichheit“ nicht zukunftsfähig ist. Die Fachleute wissen, dass wir uns von den großen Programmen für einen flächendeckenden Ausgleich der Lebensbedingungen verabschieden müssen. Die Förderung muss viel stärker auswählen, und zwar in ganz Deutschland. Für dies notwendige Umdenken gibt es ein Symbol: den Solidaritätszuschlag. Er ist das typische Instrument einer abstrakten Idee des nationalen Ausgleichs. Heute ist das Ost-West-Raster viel zu grob, um die wirklichen Sorgegebiete zu erfassen.

Das Rad des Förderns und Forderns kann nicht immer weitergedreht werden, es muss von vornherein stärker ausgewählt werden. Das wird neue Ungleichheiten mit sich bringen. Aber es wird nicht bedeuten, dass die Deutschen sich voneinander abwenden. Im Gegenteil. Gerade dann kann sich eine Kultur des Hinsehens entwickeln, die sich für die unterschiedlichen Bedingungen und Geschichten wirklich interessiert. Die kommende schwarz-gelbe Koalition kann also zeigen, dass sie ihre eigene Idee der sozialen Gerechtigkeit hat. Sie muss sich der Definitionsmacht der Linken nicht beugen.

(Manuskript vom 1.10.2009, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 2.10.2009)